

Wahlprüfstein DIE LINKE

Pulse of Europe e.V.
Wolfgangstr. 63
60322 Frankfurt am Main

DIE LINKE, Europa und die EU

Herausforderungen

1. Welches sind aus Ihrer Sicht die drei größten Herausforderungen, denen Europa und die Europäische Union ausgesetzt sind? Mit welchen konkreten Maßnahmen oder Vorschlägen will Ihre Partei diesen begegnen?

Die EU befindet sich ohne Zweifel in einer historischen Krise. Sichtbarstes Symptom dieser Krise ist der Brexit, durch den nach den zahlreichen Erweiterungsschritten erstmals ein Land die Europäische Union verlassen wird. Auch in vielen anderen Mitgliedstaaten ist die Skepsis gegenüber der europäischen Integration im Rahmen der EU gewachsen. In den meisten Fällen hat sich diese Entwicklung im Wachstum rechter und faschistischer Parteien und Bewegungen manifestiert, beispielsweise der AfD in Deutschland, des Front National in Frankreich oder der FPÖ in Österreich.

Doch man sollte nicht Symptom und Ursache verwechseln. Kern dieser Entwicklung ist eine Politik, die Europa zerreißt, statt es zu vereinigen. Insofern sehen wir in der Überwindung der drei größten Mängel der „real existierenden EU“ die wichtigsten Herausforderungen, um die Idee eines vereinten Europas zu retten und den Aufstieg der Rechten zu unterbinden:

Erstens müssen wir die neoliberale Epoche hinter uns lassen und den europäischen Integrationsprozess auf eine wirtschaftlich völlig andere Grundlage stellen. Dies bezieht sich sowohl auf die Politik der nationalen Regierungen, ihre bisherige Rolle bei der Gestaltung der EU und die vertraglichen Grundlagen der EU. Denn es ist einerseits die neoliberale Politik der Regierungen, die die EU durch Wettbewerb um die niedrigsten Steuern, Löhne und Beschäftigtenrechte zu einer Art Ellbogengesellschaft der Mitgliedstaaten gemacht hat. Andererseits sind aber auch die EU-Verträge von einer neoliberalen Grundkonzeption durchzogen, die genau diese Entwicklung befördert und den notwendigen Politikwechsel strukturell erschwert. Wenn in der EU weiterhin die Interessen der Banken und Konzerne über den Interessen der Menschen stehen, wird sie keine Zukunft haben. Denn es ist die maßgeblich von den EU-Strukturen begünstigte und von EU-Eliten und den meisten Regierungen der Mitgliedstaaten forcierte marktradikale Politik, die nicht nur innerhalb der Länder, sondern auch zwischen ihnen die Kluft zwischen Arm und Reich wachsen lassen.

Zweitens muss die EU grundlegend demokratisiert werden. In ihrer aktuellen Form hat sie massive Demokratiedefizite. So fehlt der EU-Kommission, die de facto eine Art von EU-Regierung ist, die demokratische Legitimation. Das EU-Parlament verdient diesen Namen eigentlich nicht, weil es nicht einmal das Initiativrecht hat, also nicht selbst Richtlinien oder Verordnungen initiieren kann. Und der Rat als Gremium der nationalen Regierungen – nicht der Parlamente! – hat wesentlich zu viel Gewicht und arbeitet intransparent und ohne demokratische Kontrolle. Auch direktdemokratische Elemente muss man mit der Lupe suchen und wo man sie findet, stellen sie sich als zahnlose Tiger heraus, beispielsweise die Europäische Bürgerinitiative (EBI). All dies steigert nicht gerade das Vertrauen in die Institutionen der EU.

Drittens muss die EU zu einem wirklichen Friedensprojekt werden – nach innen und außen. Es ist ein enorm hohes Gut, dass es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs keine Kriege mehr zwischen den Mitgliedern der EU gegeben hat. Jedoch ist es verkürzt, dies allein der EU-Integration zuzuschreiben. Es waren vor allem wirtschaftliche Interessen, die 1951 zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl geführt haben, die Keim der heutigen EU war. Ähnliches gilt für die Römischen Verträge von 1957, in denen auch der Grundstein für die entstehende Atomindustrie gelegt wurde. Heute schreibt der Lissabon-Vertrag seinen Mitgliedern vor, militärisch aufzurüsten und die EU agiert nach außen zunehmend durch Interventionen. Alles deutet darauf hin, dass die Militarisierung der EU im Rahmen der aktuellen Krise noch weiter verstärkt wird, beispielsweise durch die Einrichtung eines gemeinsamen militärischen Hauptquartiers, durch die Verwendung von EU-Haushaltsmitteln für die Rüstungsforschung und durch Pläne für eine EU-Armee. Dies verschärft auch die Konfrontation mit Russland, die unserer Meinung nach durch eine neue Entspannungspolitik überwunden werden müsste. Denn Europa ist mehr als die EU. Das zeigt nicht allein die Tatsache, dass Moskau die größte Stadt Europas ist. Frieden in Europa wird es nur mit, nicht gegen Russland geben.

Noch schlimmer als der Status Quo sind die Antworten, die vonseiten der EU und den treibenden Regierungen auf die eingangs skizzierte Krise gegeben werden. Anstatt die erzwungene Austeritätspolitik zu beenden, deuten die Debatten im Nachgang der Präsentation des „Weißbuchs“ der EU-Kommission auf eine zunehmend autoritär erzwungene Durchsetzung des neoliberalen Irrsinns hin. Daran wird auch die „Soziale Säule“ nichts ändern, die die EU-Kommission errichten will. Statt einklagbaren sozialen Rechten geht es dabei um schöne Worte mit wenig Substanz. Auch eine Demokratisierung der EU-Institutionen steht nicht auf dem Reformprogramm der EU. Und anstatt die EU zu einer Friedensunion zu machen, ist ihre „Globale Strategie“ ganz im Gegenteil auf zunehmendes militärisches Engagement und Aufrüstung ausgerichtet.

Angesichts dieser Entwicklungen, wird man sich wohl oder übel auf weitere Krisen und Risse in der EU vorbereiten müssen. Wir sind davon überzeugt, dass sich dieser Prozess verhindern ließe. Hierfür wäre jedoch ein grundsätzliches Umsteuern notwendig. Was wir brauchen, ist ein Neustart der EU auf Grundlage neuer Verträge, um die erwähnten Mängel zu beseitigen.

Erklärung von Rom

2. Am 25. März 2017 haben führende Vertreter von 27 EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission in Rom eine Erklärung zu den nächsten zehn Jahren der Union abgegeben. Diese Erklärung ist allerdings abstrakt und beinhaltet kein konkretes Maßnahmenprogramm. Greifen Sie bitte drei Aspekte der Erklärung heraus und erläutern Sie, wie Ihre Partei diese in praktische Politik umzusetzen vorschlägt. Alternativ bitten wir Sie, Aspekte herauszugreifen, die Ihre Partei nicht unterstützt. Bitte erläutern Sie in diesem Fall die Gründe dafür.

Das Problem der „Erklärung von Rom“ scheint uns weniger die Tatsache zu sein, dass sie keine konkreten Maßnahmen beinhaltet, sondern ihr Inhalt. Der Text ist leider ein Beispiel für den üblichen „Neusprech“, den wir aus vielen EU-Dokumenten kennen: Blumige Worte, die oftmals das Gegenteil von dem meinen, was sie zu sagen scheinen.

Als Beispiel seien die vier in der Erklärung genannten Punkte aufgeführt.

Auch wir treten für ein „sicheres und geschütztes Europa“ (Punkt 1) ein, in dem sich alle Bürgerinnen und Bürger sicher und frei bewegen können. Wenn man die üblichen Phrasen jedoch kennt, dann weiß man, dass damit in erster Linie eine Abschottung nach außen gemeint ist, die aktuell verschärft wird und die im Mittelmeer tausenden Menschen das Leben gekostet hat.

Auch gegen ein „wohlhabendes und nachhaltiges Europa“ (Punkt 2) kann niemand sein. Doch es sind gerade die im selben Absatz geforderten „Strukturreformen“, die ein solches Europa derzeit zerstören. Statt durch Austeritätspolitik und Deregulierung, die diese „Reformen“ heutzutage bedeuten, fordern wir ein umfassendes öffentliches sozial-ökologisches Investitionsprogramm, um die schwelende Wirtschaftskrise zu überwinden. Nicht Marktradikalismus sondern gute Arbeit mit sozialer Sicherheit sollte zum Kern der europäischen Integration werden.

Wer, wenn nicht wir tritt für ein soziales Europa ein? Glaubt man den 27 Staats- und Regierungschefs, dann teilen auch sie dieses Ziel (Punkt 3). Die reale Politik der Mehrheit dieser Regierungen und die neoliberalen Strukturen der EU haben jedoch zuverlässig dafür gesorgt, dass soziale Ungleichheit und Armut gewachsen sind und dass in einigen Ländern eine ganze verlorene Generation entsteht, die praktische keine Perspektive auf ein würdiges Leben hat.

Der letzte Punkt der Erklärung, der „mehr Verantwortung“ Europas in der Welt und die Weiterentwicklung bestehender Partnerschaften fordert (Punkt 4), verschleiert hingegen weniger, dass es um Aufrüstung und eine verstärkte Interventionspolitik in Kooperation mit der NATO geht. Eine „stärker wettbewerbsfähige und integrierte Verteidigungsindustrie zu schaffen“, ist ganz sicher keines der Ziele der LINKEN. Im Gegenteil: Wir stehen für Abrüstung und zivile Konfliktlösung.

Die Erklärung von Rom ist ein „Weiter so“ mit verschärften Mitteln, eine erhöhte Dosis der bekannten und kontraproduktiven Medizin.

Demokratiedefizit

3. Die Europäische Union wird von vielen Bürgern als zu bürokratisch und nicht greifbar empfunden. Viele bemängeln ein Demokratiedefizit und haben das Gefühl, zu wenig Einfluss ausüben zu können. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um dem entgegenzuwirken? Glauben Sie, dass es institutioneller Reformen bedarf? Wenn ja, welcher?

Leider ist das Wort „Reform“ in den zurückliegenden immer mehr zu einem Synonym für Ausgabenkürzungen und den Abbau sozialer und demokratischer Rechte geworden. Im positiven Sinne des Wortes sind aber überzeugt, dass es grundlegender Reformen der EU-Institutionen bedarf, wenn die EU die aktuelle Krise überstehen soll. Ein Problem ist doch heute, dass die Europäische Union, würde sie um die Aufnahme in die Europäische Union ersuchen, scheitern würde, weil sie nicht die nötigen Demokratiestandards vorweist. Die grundlegenden Demokratiedefizite haben wir bereits zuvor skizziert. Zu deren Überwindung haben wir konkrete Vorschläge, die die EU demokratisieren und dadurch auch den in ihr lebenden Menschen näher bringen könnte.

Das Europäische Parlament (EP) muss zu einem richtigen Parlament werden und gegenüber den anderen Institutionen der EU deutlich gestärkt werden. Hierfür ist es zuallererst erforderlich, dass das EP das Initiativrecht erhält, um eigene Vorhaben umzusetzen. Bislang ist es bekanntlich so, dass nur die EU-Kommission Initiativen anstoßen kann. Auch sollte das EP die EU-Kommissare und Präsidenten der EU-Kommission vorschlagen und wählen.

Bzgl. des EU-Haushaltes sind wir der Meinung, dass dieser vom Parlament alleine beschlossen und deutlich vergrößert werden muss. Darüber hinaus muss das EP die Kommission kontrollieren, ähnlich dem parlamentarischen Kontrollrecht nationaler Parlamente gegenüber den jeweiligen Regierungen. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) muss dringend demokratischer Kontrolle unterworfen werden.

Auf EU-Ebene ist der Wirtschaftslobbyismus ein großes Problem, das demokratische Entscheidungen in Frage stellt. Wir wollen seinen Einfluss kontrollieren und einschränken, beispielsweise durch ein verbindliches und transparentes Lobbyregister. Lobbyisten aus der Wirtschaft soll es verboten werden in der EU-Kommission beschäftigt zu werden.

Die aktuell diskutierten Pläne der EU-Kommission, die maßgeblich von der deutschen Bundesregierung unterstützt werden, gehen jedoch in eine andere Richtung, weg von einer Demokratisierung und hin zu autoritäreren Formen. So sollen EU-Institutionen – sei es in Form der EU-Kommission oder einem noch zu schaffenden EU-Finanzministerium – haushaltspolitische Interventionsrechte gegenüber den Mitgliedstaaten bekommen. Dies würde die demokratischen Rechte der Parlamente massiv einschränken, wie es jetzt bereits im Fall von Ländern wie Griechenland der Fall ist. Eine solche Entmachtung der Parlamente und Eingriffe in die Tarifautonomie durch eine Euro-Wirtschaftsregierung lehnen wir ab.

Neben diesen institutionellen Fragen sind wir aber davon überzeugt, dass in einer wirklich demokratischen EU die Bürgerinnen und Bürger direkte Mitspracherechte brauchen. Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) ist hierfür völlig unzureichend, weil sie hohe Hürden setzt und absolut unverbindlich ist. Dies hat sich in aller Deutlichkeit gezeigt, als versucht wurde, durch eine EBI das Konzernermächtigungsabkommen TTIP zu stoppen. Direkte Demokratie auf europäischer Ebene bedeutet, dass wir endlich europaweite Mitentscheidungsverfahren bekommen. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger in der EU das Recht erhalten, über Volksentscheide konkrete EU-Politik mitzugestalten. Über grundlegende Veränderungen der EU, also bspw. Änderungen der EU-Verträge, sollen die Bürgerinnen und Bürger in der gesamten EU mittels Volksentscheid am gleichen Tag entscheiden können. Durch verbindliche Bürgerbegehren sollen sie Einfluss auf die europäische Politik bekommen.